

DNGPS



R-06-2019A

WORKING PAPER



INS NETZ GEGANGEN

DANIEL STAEMMLER

FU BERLIN

NETZPOLITIK

DIGITALISIERUNG

SOZIALE BEWEGUNGEN



Herausgeberschaft:

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS)

Ansprechpartner:

Sebastian Berg (working-paper@dngps.de)

David Prinz (prinz@dngps.de)

Universität Osnabrück

Fachbereich Sozialwissenschaften

Seminarstraße 33

49069 Osnabrück

Homepage: www.dngps.de

Email: info@dngps.de

Facebook: www.facebook.com/DNGPS

Twitter: <https://twitter.com/DNGPS>

Amtsgerichtsnummer: VR 200767 | Amtsgericht Osnabrück | Ust-Ident. Nummer: 66/270/03787

Bankverbindung: IBAN DE33 2655 0105 1551 1544 36 | BIC NOLADE22XXX | Sparkasse Osnabrück

Verlag:

Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel. +49 (0)2171.344594 | Fax +49 (0)2171.344693 | info@budrich.de

www.budrich.de | www.shop.budrich.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

© Dieses Werk ist im Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter folgender Creative

Commons Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Verbreitung, Speicherung, Bearbeitung und Vervielfältigung erlaubt, wenn (a) Urheber- und Rechteangaben sowie der Verweis auf Bearbeitung angemessen gemacht werden und (b) unter der gleichen CC-BY-SA-4.0-Lizenz wie das Original verbreitet wird.



Diese Publikation steht im Open Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<http://dngps.budrich-journals.de>).

ISSN Online: 2365-3329

Verlag Barbara Budrich, www.budrich.de

INS NETZ GEGANGEN

REZENSION

DANIEL STAEMMLER
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
STAEMMLER@DNGPS.DE

- *Ganz, Kathrin (2018): Die Netzbewegung: Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, 310 Seiten, 38 Euro, ISBN 978-3-8474-2139-9.*

Digitale Politik hat es in der Bundesrepublik nicht leicht. Nicht nur sind die Kompetenzen zur Gestaltung der Digitalisierung über mehrere Ministerien und Stellen verteilt, was bei der Bevölkerung oftmals den Eindruck hinterlässt, das Internet sei weiterhin Neuland. Nein, darüber hinaus trifft Digitalpolitik immer wieder auf Widerstand aus der Zivilgesellschaft, wie die erfolgreichen Proteste gegen Zugangssperren und das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) beispielhaft gezeigt haben. Vereine wie der Chaos Computer Club oder netzpolitik.org gehören zu einer der anerkanntesten und sichtbarsten digitalpolitischen Bewegungen weltweit. Für eben jene, die Kathrin Ganz treffend als Netzbewegung bezeichnet, ist das Internet mehr als ein alltägliches Werkzeug, nämlich ein zusehends politisierter Lebensraum. Auf den ersten Blick scheint die Bewegung also ihren eigenen Hinterhof verteidigen zu wollen, wenn sie gegen bestimmte Regulierungsmaßnahmen protestiert.

Aber handelt es sich auch um eine soziale Bewegung mit klaren politischen Zielen? Diese Frage bildet den Ausgangspunkt für Ganz' eingehender Beschäftigung mit der digitalen Zivilgesellschaft in Deutschland. Genauer fragt die Autorin zum einen nach dem politischen Projekt und der darin deutlich werdenden Ideologie der Netzbewegung. Andererseits steht die politische Zusammensetzung der Bewegung im Vordergrund, indem nach den Subjektpositionen und der Artikulation sozialer Differenzen gefragt wird. Jenseits der Frage danach, ob von einer Bewegung gesprochen werden kann, gilt das Interesse also den potentiellen Ausschlüssen in der Binnenstruktur.

Damit begegnet Ganz gleich zwei Forschungslücken. Nach vereinzelt Beiträgen zur digitalpolitischen Zivilgesellschaft legt sie mit dieser Arbeit die erste ausführliche Studie zum Bewegungsgeschehen vor. Zugleich ist ‚Die Netzbewegung‘ auch ein Beitrag zur Theoriedebatte um poststrukturalistische Ansätze der Bewegungsforschung. Die Diskurs- bzw. Hegemonietheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe wird mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse von Gabriele Winker und Nina Degele verknüpft. Das dabei erarbeitete intersektionale Verständnis von Subjektpositionen dient als heuristischer Zugang für die Auswertung der Interviews: Entlang der

Achsen strukturelle Herrschaftsverhältnisse, symbolischen Repräsentationen und Identitätsverhältnisse werden die Positionierungen der Interviewten zu Subjektkonstruktionen verdichtet. Aus dem Material lassen sich so auch Aussagen über die Machtverhältnisse und die fortwährenden Konflikte innerhalb der Bewegung treffen.

Wie steht es nun um die Politik der Netzbewegung? Das politische Projekt der Netzbewegung – ihre gewissermaßen weiterhin umstrittene Ideologie – drückt sich Ganz zufolge in der Forderung nach einem freien Internet aus. In der Theoriesprache Laclaus kommt dem ‚freien Internet‘ damit die Funktion eines leeren Signifikanten zu. Er zeichnet sich durch seine Unbestimmtheit aus und vermag, die unterschiedlichsten Forderungen wie Netzneutralität, freier Austausch von Meinungen oder Privatsphäre zusammenzuhalten, obwohl sie miteinander in Konflikt stehen mögen. Konstitutiv ist hierfür die Abgrenzung von einem hegemonialen Diskurs. Über ablehnende Äußerungen wird dieser im Zusammenspiel der weitreichenden Initiativen von Regierung und Privatwirtschaft zur Regulierung und Kontrolle des Internets, z. B. in Form eines Leistungsschutzrechtes oder der Vorratsdatenspeicherung, identifiziert. Zwischen diesen beiden Blöcken besteht eine antagonistische Beziehung, das heißt, sowohl zwischen den jeweiligen Forderungen als auch den zugehörigen kollektiven Identitäten. Wie ein freies Internet aussehen soll, bleibt umkämpft. Aus den Bedeutungen, die die Aktivist*innen dem Netz der Netze zuschreiben, destilliert die Autorin das vorherrschende Selbstverständnis einer „Avantgarde vernetzter Individuen“ (181). Der Glaube an das grundsätzlich emanzipatorische Potential der globalen technischen Vernetzungsarchitektur Internet führt demnach zur ideologischen und sozialen Integration der Bewegung.

Allerdings bewegen sich die Aktivist*innen nicht außerhalb gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und so bleibt diese Integration vorläufig. Zwar pflege „die Netzbewegung einen selbstreflexiven Bezug zu den materialisierenden Effekten sozialer Ungleichheit“ (230), was sich in der bewegungsinternen Problematisierung etwa des *digital divide* oder von Geschlechterverhältnissen zeigt, jedoch blieben Rassismen oder Klassismen unterdessen kaum thematisiert. Für Ganz markieren die Positionen der Außenseiter*innen die unmögliche Universalisierung des vorherrschenden Selbstverständnisses innerhalb des pluralen Bewegungsdiskurses, weil sie dessen Partikularität offenbart. Dass derartige Bemühungen um Hegemonie unterhalb des leeren Signifikanten auch auf der Ebene der Forderungen scheitern, wird am Beispiel des Datenschutzes illustriert. Die Analyse der Post-Privacy-Debatte, in welcher ein eher liberales Datenschutzverständnis rund um das Paradigma der informierten Einwilligung auf eine Liberalismuskritik im Zeichen der Transparenz stieß, zeigt auf wie schwierig die Durchsetzung einer Forderung bleibt.

Mit Ganz' Studie liegt erstmalig eine Tiefenbohrung in das politische Fundament der digitalpolitischen Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik vor. Offenbar wird die Netzbewegung nicht zwingend durch gemeinsame Forderungen und Ziele in den jeweiligen Themenbereichen geeint. Indem „[a]us Sicht der Netzbewegung das Digitale eine von Grund auf freiheitliche Technologie [ist]“ (269), besteht ihr politisches Projekt vielmehr darin, eine bestimmte Konfiguration des Internet zu bewahren und zu fördern. Die intersektional-

hegemonietheoretische Analyse qualitativer Interviews erweist sich hierbei als innovativer Ansatz der Bewegungsforschung mit dem sich soziale Bewegungen innerhalb gesellschaftlicher Strukturen untersuchen lassen.

Viele Kritikpunkte und Einschränkungen spricht die Autorin selbst an. So wären neben den zwölf leitfadengestützten Interviews weitere Gespräche auch mit weniger involvierten Akteur*innen hilfreich gewesen, um den Anteil der Forschenden an der Konstruktion des Gegenstands zu minimieren. Zudem werden medial vermittelte Bewegungsdiskurse eher ad hoc in die Analyse aufgenommen, sodass eine diskursanalytische Berücksichtigung digitaler Öffentlichkeiten aussteht. Auch auf der empirischen Seite bleiben klare Forschungsdesiderate. Aus heutiger Perspektive wäre im Anschluss an die Studie spannend, wie sich die Prozesse der Professionalisierung und Institutionalisierung im Bewegungsdiskurs äußern. Angesichts der Verlagerung digitalpolitischer Entscheidungsprozesse auf die EU-Ebene wird ebenfalls die Frage nach Transnationalisierungsdynamiken relevanter.